

Die Industriellen und der Ausgleich.

Wie viele andere Interessenvertretungen hat auch der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs die Frage des kommenden Ausgleichs vorbesprochen. In der Delegiertenversammlung vom 22. d. berichtete darüber der Abgeordnete Bicht, der ausführte: Das frühere Zoll- und Handelsbündnis, das im letzten Ausgleich (1907), den staatsrechtlichen Forderungen der Magyaren entsprechend, durch einen Zoll- und Handelsvertrag ersetzt worden ist, sollte zwischen den beiden Staaten Oesterreich und Ungarn Wirtschaftsgemeinschaft und Verkehrsfreiheit herstellen, jedoch immer nur auf zehn Jahre Zeit und Kündigung. Diese Unbestimmtheit hat periodisch politische Erschütterungen hervorgerufen, welche das Reich nach außen schwächer erscheinen ließen, als es tatsächlich ist.

Das einheitliche Zollgebiet soll staatsrechtlich gebunden werden. Vor allem aber handelt es sich darum, daß die Vereinbarungen über das einheitliche Zoll-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiet auf eine lange Dauer, etwa fünf und zwanzig Jahre, gebunden werden. Vom langfristigen Ausleich war schon vor zehn Jahren

die Rede. Eine Zwischenzolllinie würde nicht allein zur wirtschaftlichen Trennung führen, sie wäre im vollsten Widerspruch zu dem so feierlich betonten Grundsatz der Untrennbarkeit und Unteilbarkeit der Gemeinschaft beider Staaten des Reiches. Sie wäre auch gegen das wirtschaftliche Interesse der Bevölkerung der beiden Staaten, die sich in ihrer Eigenart glücklich ergänzen. Die Industrie erkennt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Handelspolitik der Monarchie und des Deutschen Reiches, um das Gewicht der mit ihnen zusammengeschlossenen Staaten in die Waagschale werfen zu können. Die beiden Staaten der Monarchie sind durch ihren geschichtlichen Beruf, ihre geographische Lage und durch das gemeinsame Erlebnis dieses furchtbaren Entscheidungskampfes auf Tod und Leben aneinandergeschmiedet. Dabei muß alles das, was trennt, vermieden und das einigende Band fester gehämmert werden. Der Abschluß der Einigung tut insbesondere not, damit wir möglichst bald nach außen verhandlungsfähig werden.

Die Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft ist heute vielfach durchbrochen, so durch die Zuckersurrogate, so jetzt durch viele Verfügungen im Lebensmittelverkehr. Dringend geboten wäre es, noch jetzt, da wohl noch für längere Zeit mit dem Kriegszustand gerechnet werden muß, den gemeinsamen Wirtschaftshaushalt zur Tat zu machen und, ungehindert durch staatsrechtliche Bedenken, ausschließlich von der Rücksicht auf die Wohlfahrt des Staates und seiner Bürger geleitet, einheitliche Einrichtungen zu schaffen, die die möglichst gleichmäßige und gleichartige Lebensmittelversorgung der Armee und der Bevölkerung zuwege bringen könnten. Für die Einzelfragen des Ausgleichs wird erst der Friede Rahmen und Bedingungen geben. Die außerordentliche Bedeutung, die der Donauweg gewinnen wird, eröffnet auch der Monarchie neue Aussichten und fordert das Studium der Kanalverbindungen mit Ober-, Elbe und Rhein. Die Beseitigung der Minimalzölle für die Hauptgetreidearten und Mais, die Befreiung des Vieh- und Fleischverkehrs von Beschränkungen, beide von besonderer Wichtigkeit für den handelspolitischen Zusammenschluß mit den Balkanstaaten, die Beseitigung geheimer Abmachungen, die Ausgestaltung der Zoll- und Handelskonferenz, die Vermeidung von Doppelbesteuerungen können erst in längeren Verhandlungen nach eingehender Vorbereitung erledigt werden.

Wenn irgend die Notwendigkeit der Gemeinschaft des wirtschaftlichen Aufbaues der Monarchie deutlich wird, so ist dies im Zusammenhang der großen staatsfinanziellen Fragen der Fall, die nach dem Kriege an Oesterreich und Ungarn herantreten werden. Die Sorge für die Deckung der Kriegslasten im weitesten Sinne des Wortes, die Wiederherstellung der Valuta, die Ueberleitung der Kriegsin die Friedenswirtschaft, die erst recht eine einheitliche und gleichartige, gemeinsame Durchführung seitens der staatlichen Gewalten Oesterreichs und Ungarns erfordern wird, nötigen geradezu zu zusammenfassender, verständnisvoller Arbeit. Hier wird auch das Quotenproblem wieder lebendig werden, für dessen Lösung der alte Wunsch auftreten wird, einen dauernden, sachlich begründeten Berechnungsschlüssel zu schaffen. Zum Schluß fordert Bicht, daß die industriellen Verbände in die Lage versetzt werden sollen, ihre Wünsche und Forderungen geltend zu machen. Der einstimmig angenommene Beschlußantrag faßt die Hauptforderung des Berichtes zusammen.

Die Forderungen der Industriellen, die in dieser Tagung zum Ausdruck kommen, betreffen zum großen Teil nicht bloß Wünsche der Unternehmer, sondern die Existenzbedingungen der Industrie selbst und sind darum für den wichtigsten und wertvollsten Träger der Industrie, für die industrielle Arbeiterschaft, von Interesse und Bedeutung. Sie bedürfen darum ausführlicher Erörterung im einzelnen, wozu freilich die Zeit noch nicht gegeben scheint.